

Münchener Anwaltshandbuch Insolvenz und Sanierung

von

Christian Althaus, Dr. Andreas Beck, Dr. Jörg Bornheimer, Isabel Christiani, Dr. Anja Commandeur, Wolfgang Damaschke, Alexander Eckhardt, Christian Forcher, Frank-Michael Goebel, Knut Gras, Volker Henn-Anschütz, Dr. Hendrik Heye, Martin Janner, Dr. Jan Janßen, Georg Kreplin, Dr. Andreas Lachmann, Dr. Rolf Leithaus, Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Mincke, Nada Nasser, Dr. Jörg Nerlich, Holger Rhode, Dr. Berthold Riering, Dr. Michael Schaumann, Chris Tautorus, Petra von Vietinghoff, Thomas Vomfell

2. Auflage

Münchener Anwaltshandbuch Insolvenz und Sanierung – Althaus / Beck / Bornheimer / et al.

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Gesamtdarstellungen](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62619 7

beck-shop.de

Jörg Nerlich/Georg Kreplin (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Insolvenz und Sanierung

beck-shop.de

Münchener Anwalts Handbuch

Insolvenz und Sanierung

Herausgegeben von

Dr. Jörg Nerlich

Rechtsanwalt in Düsseldorf

und

Georg Kreplin

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Bearbeitet von:

Christian Althaus, Rechtsanwalt in Essen; *Dr. Andreas Beck*, Rechtsanwalt in Achern; *Dr. Jörg Bornheimer*, Rechtsanwalt in Wuppertal; *Isabel Christiani*, Rechtsanwältin in Köln; *Dr. Anja Commandeur*, Rechtsanwältin in Köln; *Wolfgang Damaschke*, Diplom-Finanzwirt, Steuerberater in Duisburg; *Dr. Alexander Eckhardt*, Rechtsanwalt in Kerpen; *Christian Forcher*, Rechtsanwalt in Achern; *Frank-Michael Goebel*, Richter am Oberlandesgericht Koblenz; *Knut Gras*, Diplom-Ökonom, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bochum; *Volker Henn-Anschütz*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Hendrik Heye*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; *Martin Janner*, Rechtsanwalt in Penzberg; *Dr. Jan Janßen*, Rechtsanwalt in Köln; *Georg Kreplin*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Andreas Lachmann*, LL.M. Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Rolf Leithaus*, Rechtsanwalt in Köln; *Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Mincke*, Rechtsanwalt in Hannover; *Nada Nasser*, Rechtsanwältin in Mönchengladbach und Koblenz; *Dr. Jörg Nerlich*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Holger Rhode*, Rechtsanwalt in Essen; *Dr. Berthold Riering*, Rechtsanwalt in Hamburg; *Dr. Michael Schaumann*, Rechtsanwalt in Köln; *Chris Tautorius*, Rechtsanwalt in Murnau; *Petra von Vietinghoff*, Rechtsanwältin in Essen; *Thomas Vomfell*, Rechtsanwalt in Essen

2., überarbeitete und erweiterte Auflage



Verlag C.H. Beck München 2012

beck-shop.de

Zitiervorschlag: MAH Insolvenz und Sanierung/*Bearbeiter* § ... Rdnr. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62619 7

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: fgb · freiburger graphische betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg i. Br.

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Vor fast einer Dekade entschlossen wir uns gemeinsam mit dem Beck-Verlag und aufgrund unserer jahrelangen anwaltlichen Tätigkeit im Bereich des Sanierungs- und Insolvenzrechts, ein entsprechendes Handbuch für Praktiker zu verfassen. Im Rahmen dieses Projektes konnten wir eine Vielzahl von ausgewiesenen Experten, bestehend aus hochqualifizierten Juristinnen und Juristen aus der Anwaltschaft, der Justiz und der Wirtschaft, für unser Handbuch gewinnen. Das Ergebnis war die im Oktober 2005 erschienene erste Auflage des „Münchener Anwaltshandbuchs Sanierung und Insolvenz“.

Die erste Auflage des Anwaltshandbuchs wurde sodann auch sehr positiv in Rechtsprechung und Literatur aufgenommen. Insbesondere freuen wir uns, dass u. a. auch der Bundesgerichtshof (BGH) unser Werk in seiner Grundsatzentscheidung zur Anfechtbarkeit der Globalzession als kongruente Deckung aus dem Jahr 2007 zitiert hat (Urteil vom 29. 11. 2007 – IX ZR 30/07 – Rdnr. 16).

In Anknüpfung an das Vorwort von Oktober 2005 möchten wir uns daher bei allen Autoren bedanken, die bereits an der ersten Auflage gearbeitet haben und sich nunmehr auch im Rahmen unserer „Fortsetzung“ engagiert haben. Darüber hinaus freuen wir uns auch sehr über die Tatsache, dass wir weitere zusätzliche Experten als Autoren für die nunmehr vorliegende zweite Auflage gewinnen konnten.

Aufgrund der Mithilfe aller Autoren konnte die erste Auflage nicht nur aktualisiert, sondern auch in Bezug auf den Umfang der bearbeiteten Teilgebiete erheblich erweitert werden. Dadurch kann die zweite Auflage unseres Handbuchs das Insolvenz- und Sanierungsrecht noch umfassender und tiefgreifender beleuchten.

Die zweite Auflage war aber auch aus juristischer Sicht aufgrund der Neuerungen durch das am 1. 11. 2008 in Kraft getretene MoMiG (Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen) sowie das am 1. 3. 2012 in Kraft getretene ESUG (Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen) zwingend erforderlich. Der Einfluss des MoMiG ist nach fast drei Jahren seit seinem Inkrafttreten greifbar und wurde daher in der aktuellen zweiten Auflage des Handbuchs behandelt; die Neuerungen sind an den entsprechenden Stellen eingebaut. Ob und welche Auswirkungen das ESUG auf die Sanierung und Abwicklung haben wird, bleibt abzuwarten.

Das Bundesjustizministerium hat am 23. 1. 2012 einen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens, zur Stärkung der Gläubigerrechte und zur Insolvenzfestigkeit von Lizenzen vorgelegt und ihn an Länder und Verbände zur Stellungnahme versandt. Mit dieser zweiten Stufe der Insolvenzrechtsreform ist insbesondere eine Beschleunigung der Restschuldbefreiung geplant, die es ebenfalls zu beobachten gilt.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Handbuchs freuen wir uns stets über Anregungen unserer Leserschaft und sind hierüber wie schon in der Vergangenheit sehr dankbar.

Düsseldorf, im März 2012

Jörg Nerlich und Georg Kreplin

Vorwort zur 1. Auflage

Das Anwalts-Handbuch für Sanierung und Insolvenz steht in der Tradition des Beck-Verlages, eine Spezialmaterie für die Anwaltschaft durch Rechtsanwälte aufzuarbeiten und den Praktikern, die mit dieser Materie nur hin und wieder in Berührung kommen, einen schnellen und sicheren Einblick in die Fragestellungen der Mandatsbearbeitung zu geben.

Die Herausgeber und Autoren der Abschnitte waren daher darum bemüht, keine wissenschaftlichen Abhandlungen oder aber kommentarähnliche Erläuterungen zu einzelnen Vorschriften des Insolvenz- und Sanierungsrechts und den dazu einschlägigen Nebengebieten zu

Vorwort

verfassen, sondern Themenbereiche, die in der beruflichen Praxis immer wieder im Zusammenhang mit Sanierungen und Insolvenzen auftauchen, zu erfassen und praktische Hilfestellungen für die Bearbeitung zu geben.

Da Sanierungen und Insolvenzen im gesellschaftsrechtlichen Bereich in der Regel bei GmbHs vorkommen, haben sich die Herausgeber und Autoren entschlossen, hier einen Schwerpunkt zu bilden und in Kapiteln über andere Gesellschaftsformen nur deren Besonderheiten herauszustellen. Drohende Überschneidungen beim sanierungsrechtlichen Teil mit dem insolvenzrechtlichen wurden weitestgehend dadurch vermieden, dass es an maßgeblichen Stellen Querverweise gibt, die es verhindern, dass etwa die Frage, wann der Insolvenzgrund der Überschuldung vorliegt und Sanierungsbemühungen einzustellen sind, weil der Geschäftsführer nunmehr verpflichtet ist, Insolvenzantrag zu stellen, nur in einem der beiden Teile des Handbuches ausführlich bearbeitet wird.

Im sanierungsrechtlichen Teil liegt der Schwerpunkt daher im Wesentlichen im Bereich der betriebs-, bilanz- und steuerrechtlichen Fragestellungen unter Einschluss der arbeitsrechtlichen Möglichkeiten des Stellenabbaus im Sanierungsprozess, soweit die Sanierungsfragen jedenfalls aus der Sicht der zu sanierenden Gesellschaft bearbeitet werden. Beleuchtet werden aber auch die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beratung von Gläubigern (Kreditinstituten, Vermietern, Dienstleistenden, Lieferanten und Werkunternehmern) der zu sanierenden Gesellschaften ergeben. In einem weiteren Schritt wurde im sanierungsrechtlichen Teil dargestellt, welchen Rat ein etwaiger Investor erfahren sollte, der außerhalb der Insolvenz in ein krisenbehaftetes Unternehmen einsteigen will. Der sanierungsrechtliche Teil des Handbuches wird durch ein Kapitel abgerundet, das sich mit den Rechten und Pflichten der Sanierungsberater beschäftigt.

Der insolvenzrechtliche Teil des Handbuches verfolgt ebenso das Konzept, die Beratung der an einem Insolvenzverfahren Beteiligten in den Vordergrund zu stellen. So wird zunächst der Insolvenzschuldner selbst (ggf. mit seinen Gesellschaftern und Organen) in das Blickfeld der Erläuterungen genommen. Darüber hinaus erfahren die Berater der verschiedenen Gläubigergruppen Hilfestellungen bei der Durchsetzung von Ansprüchen gegenüber dem vorläufigen „schwachen“ oder „starken“ und/oder endgültigen Insolvenzverwalter oder anderen Anspruchsgegnern. Diese Ansprüche können sich daraus ergeben, dass die Gläubiger Ab- und Aussonderungsrechte, Informations- und Mitwirkungsrechte sowie Rechte auf eine gleichmäßige quotale Befriedigung im Insolvenzverfahren haben. Für die Geschäftspartner des (vorläufigen) Insolvenzverwalters können sich ebenfalls Fragestellungen ergeben, die der Berater dieser Gläubiger zu beantworten hat und auf die es im Handbuch Antworten gibt. Der insolvenzrechtliche Teil wird abgerundet durch ein Kapitel zu den Fragestellungen des internationalen Insolvenzrechts.

Die Herausgeber und Autoren haben sich bemüht, durch Formulierungshilfen und Übersichten dem Benutzer die Bearbeitung von sanierungs- und insolvenzrechtlichen Mandaten zu erleichtern. Wir hoffen, dass uns dies gelungen ist.

Schließlich bedanken wir uns bei den zahlreichen Mitarbeitern, die die Herausgeber und Autoren bei ihren Manuskriptarbeiten tatkräftig unterstützt und so die Veröffentlichung des Werkes erst ermöglicht haben.

Düsseldorf, im Oktober 2005

Jörg Nerlich und Georg Kreplin

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXIX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXXIII

Teil A. Sanierungsrecht

§ 1 Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat (<i>Kreplin</i>)	1
--	---

1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft

§ 2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen (<i>Gras</i>)	7
§ 3 Arbeitsrechtliche Fragestellungen (<i>Vomfell</i>)	25
§ 4 Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH (<i>Nerlich/Rhode</i>)	114
§ 5 Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen (<i>Gras</i>)	189
§ 6 Bilanzrechtliche Fragestellungen (<i>Gras</i>)	210
§ 7 Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten (<i>Bornheimer</i>)	230
§ 8 Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte (<i>Lachmann</i>)	259
§ 9 Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte (<i>Kreplin/Leithaus/ Eckhardt/Nerlich</i>)	292

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 10 Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Kreplin</i>)	349
§ 11 Besonderheiten bei Kaufverträgen (<i>Christiani</i>)	353
§ 12 Besonderheiten bei Werkverträgen (<i>Janßen</i>)	358
§ 13 Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen (<i>Janßen</i>)	369
§ 14 Besonderheiten bei Factoringverträgen (<i>Kreplin</i>)	380
§ 15 Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen (<i>Commandeur</i>)	384
§ 16 Besonderheiten bei Versicherungsverträgen (<i>Nasser</i>)	388
§ 17 Besonderheiten im IT-Bereich (<i>Schaumann</i>)	402

3. Abschnitt. Die Beratung des Investors

§ 18 Allgemeines zur Investorberatung (<i>Kreplin</i>)	407
§ 19 Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Althaus</i>)	410
§ 20 Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen (<i>Tautor/Janner</i>)	514
§ 21 Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise (<i>Damaschke</i>)	553

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 22 Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters (<i>Riering</i>)	571
---	-----

Inhaltsübersicht

Teil B. Insolvenzrecht

	Seite
§ 23 Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat (<i>Nerlich</i>)	587
1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners	
§ 24 Allgemeines zur Schuldnerberatung (<i>Nerlich</i>)	590
§ 25 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz (<i>von Vietinghoff</i>)	625
§ 26 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften (<i>Leithaus/Kreplin</i>)	660
§ 27 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen (<i>Eckhardt/Kreplin/Leithaus/Nerlich/Rhode</i>)	711
§ 28 Steuerliche Pflichten in der Insolvenz (<i>Damaschke</i>)	786
§ 29 Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten (<i>Bornheimer</i>)	814
2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger	
§ 30 Allgemeines zur Gläubigerberatung (<i>Nerlich</i>)	913
§ 31 Aussonderungsgläubiger (<i>Riering</i>)	948
§ 32 Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger) (<i>Riering</i>)	979
§ 33 Grundpfandgläubiger (<i>Goebel</i>)	1017
§ 34 Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte (<i>Henn-Anschütz</i>)	1047
§ 35 Nachlassgläubiger (<i>Kreplin</i>)	1114
§ 36 Vertragspartner gegenseitiger Verträge (<i>Christiani/Commandeur/Forcher/Jaßen/Kreplin/Nasser/Schaumann</i>)	1128
§ 37 Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO (<i>Heye</i>)	1221
§ 38 Nachrangige Insolvenzgläubiger gemäß § 39 InsO (<i>Riering</i>)	1236
3. Abschnitt. Verfahrensrecht	
§ 39 Das Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Heye</i>)	1243
§ 40 Prozessuale Fragestellungen (<i>Beck</i>)	1259
§ 41 Forderungsanmeldung und -durchsetzung (<i>Beck</i>)	1278
§ 42 Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens (<i>Beck</i>)	1294
4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
§ 43 Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters (<i>Heye</i>)	1305
§ 44 Geschäftspartner des Insolvenzverwalters (<i>Heye/Lachmann</i>)	1326

Teil C. Internationale Beratungsfelder

§ 45 Internationales Insolvenzrecht (<i>Mincke</i>)	1369
Sachverzeichnis	1397

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Sanierungsrecht

	Seite
§ 1 Einleitung: Das sanierungsrechtliche Mandat	1
1. Abschnitt. Die Beratung der zu sanierenden Gesellschaft	
§ 2 Betriebswirtschaftliche Grundlagen und Rahmenbedingungen	
I. Merkmale einer Krise	8
II. Krisenursprung	9
1. Marktrisiken	9
2. Finanzrisiken	10
3. Rechtliche Risiken	11
4. Managementrisiken	11
5. Checklisten	12
III. Krisenerfassung	14
1. Grundlage	14
2. Datenbasis	14
3. Analysemethoden	15
4. Kreditwürdigkeitsprognosen und Ratingsysteme	19
IV. Risikofrüherkennung und KonTraG	19
1. Aktiengesellschaft	19
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	21
3. Konzernunternehmen	21
V. Krisenvermeidende Strukturen	21
1. Börsennotierung von Gesellschaften	21
2. Beteiligungsmodelle	22
3. Unternehmensorganisation	22
4. Controlling	23
§ 3 Arbeitsrechtliche Fragestellungen	
I. Mandatsannahme und -bearbeitung	26
II. Bestandsaufnahme	28
1. Organigramm	28
2. Unternehmensstruktur	28
3. Personalstruktur	28
4. Personalvereinbarungen	40
5. Tarifvertragliche Regelungen	71
6. Betriebliche Übung	79
7. Kollektivarbeitsrecht	81
III. Möglichkeiten der Veränderung	83
1. Einleitung	83
2. Kollektive Maßnahmen	84
3. Veränderung einzelvertraglicher Vereinbarungen	86
4. Personalreduzierung	95
5. Beteiligungsrechte des Betriebsrates	103
6. Einzelprobleme	108

Inhaltsverzeichnis

§ 4 Gesellschaftsrechtliche Fragestellungen – erläutert am Beispiel der GmbH	Seite
I. Einleitung	118
II. Handlungsspielräume und Haftungsrisiken der Gesellschafter	118
1. Unterkapitalisierung, §§ 30, 31 GmbHG	118
2. Finanzierungsentscheidungen in der Krise	125
3. Vermeidungsstrategien und Sanierungsinstrumentarien	133
III. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers	153
1. Erfassung der Krisensituation	153
2. Maßnahmenkatalog in Bezug auf die Organisationsstruktur	155
3. Maßnahmenkatalog auf gesellschaftsrechtlicher Ebene	156
4. Maßnahmenkatalog auf zivilrechtlicher Ebene	165
5. Maßnahmenkatalog auf insolvenzrechtlicher Ebene	169
6. Haftungsgefahren	173
IV. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Gesellschafter- Geschäftsführers	186
1. Handlungsspielräume	186
2. Haftung	186
V. Handlungsspielräume und Haftungsgefahren des Geschäftsführers einer Vorgründungsgesellschaft/Vor-GmbH	187
1. Vorgründungsgesellschaft	187
2. Vor-GmbH	188
§ 5 Steuerliche Konsequenzen von Sanierungsmaßnahmen	
I. Einführung	189
II. Sanierungsmaßnahmen durch die Gesellschafter	190
1. Realisierung von stillen Reserven	190
2. Eigenkapitalbeschaffung	193
3. Darlehensgewährung	195
4. Rangrücktritt	202
5. Forderungsverzicht	203
6. Pensionsverzicht durch den Gesellschafter-Geschäftsführer	205
III. Sanierungsmaßnahmen durch Gläubiger	206
1. Forderungsverzicht	206
2. Schuldumwandlung	209
3. Zahlungsaufschub	209
§ 6 Bilanzrechtliche Fragestellungen	
I. Grundsatz der Unternehmensfortführung (going concern)	210
II. Bilanzpolitische Maßnahmen in einer Unternehmenskrise	211
1. Grundlagen	211
2. Grenzen der Bilanzpolitik durch den Stetigkeitsgrundsatz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB	212
3. Sachverhaltsgestaltungen	214
4. Sachverhaltsdarstellung	215
III. Bilanzrechtliche Konsequenzen von ausgewählten Sanierungsmaßnahmen	216
1. Handelsrechtliche Grundlagen	216
2. Sanierungsmaßnahmen im leistungswirtschaftlichen Bereich	217
3. Sanierungsmaßnahmen im finanzwirtschaftlichen Bereich	221
§ 7 Beratung bei Beteiligung von Kreditinstituten	
I. Einleitung	231
II. Die Zeitvorgaben durch gesetzliche Anzeige- und Antragspflichten	232
1. Die Anzeigepflichten vor Eintritt eines Insolvenzgrundes	232

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Die Anzeigepflichten vor oder mit Eintritt eines Insolvenzgrundes	232
3. Die Antragspflichten nach Eintritt eines Insolvenzgrundes	232
III. Die Handlungsalternativen der Unternehmensführung in der Krise	234
1. Liquidation oder Sanierungsversuch	234
2. Die außergerichtlichen Maßnahmen oder Insolvenzverfahren	235
IV. Die Handlungsalternativen des Kreditinstituts in der Krise	237
1. Die Abwicklung des Kreditengagements	237
2. Das Stillhalten mit Krediten	238
3. Die Sanierung des krisenbehafteten Unternehmens	239
V. Die Voraussetzungen einer erfolgreichen Sanierung	249
1. Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute sowie an das Risikomanagement	249
2. Die Beauftragung eines Spezialisten	257
 § 8 Allgemeine Vorgaben für erfolgreiche Sanierungskonzepte	
I. Einführung	260
II. Anforderungen an ein rechtlich tragfähiges Sanierungskonzept	261
III. Krisen – Due Diligence	262
1. Betriebswirtschaftliche Due Diligence	262
2. Rechtliche Due Diligence	269
IV. Bewertung der Sanierungschancen und Sanierungsrisiken	272
1. Aussagegehalt von Jahresabschlüssen	272
2. Sanierungsunfähigkeit	273
3. Unternehmensrettung vs. Rettung des Vermögens	273
V. Insolvenzabwendung	275
1. Insolvenzantragspflicht	275
2. Mandatsübernahme	275
3. Typische Beratungsfehler	277
4. Zielsetzung der Beratung und Prüfung der Insolvenzfolgen	277
VI. Sanierungsstrategie	278
1. Vorwärtsstrategie	278
2. Kooperationsstrategie	278
3. Nischenstrategie	278
4. Rückzugsstrategie	279
VII. Sanierungsmaßnahmen	279
1. Auflösung des Umlaufvermögens	279
2. Auflösung von Rücklagen	280
3. Verkauf nicht betriebsnotwendigen Vermögens	281
4. Leasing	281
5. Kapitalerhöhung	282
6. Zuzahlungen	283
7. Umwandlungen	284
8. Gesellschafterdarlehen	285
9. Patronatserklärung	286
10. Schuldbeitritt/Schuldübernahme	286
11. Vergleichsvereinbarungen	286
12. Venture Capital	287
VIII. Übertragende Sanierung	287
1. Management Buy-Out	288
2. Änderungen der Gesellschafterstruktur	288
3. Verkauf an einen strategischen Investor oder Finanzinvestor	288
IX. Restrukturierung des Unternehmens	289
X. Sanierungskonzept	290

Inhaltsverzeichnis

§ 9 Besonderheiten einzelner Sanierungsobjekte	Seite
I. Die Aktiengesellschaft	294
1. Unternehmenskrise	294
2. Insolvenzrechtliche Krise	295
3. Pflichten des Vorstands in der Krise	295
4. Pflichten der Mitglieder/Aktionäre in der Krise	296
5. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen	296
II. Die OHG und die KG	304
1. Die Krise der OHG/KG	304
2. Pflichten der Gesellschafter in der Krise	304
3. Finanzwirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Sanierungsmaßnahmen	305
III. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	307
1. Allgemeines	307
2. Abgrenzung OHG/GbR	308
3. Rechts-, Partei- und Insolvenzfähigkeit	308
4. Krisenerkennung	309
5. Sanierungsmaßnahmen	311
IV. Die GmbH & Co. KG	313
1. Die Krise der GmbH & Co. KG	313
2. Freiwillige Liquidation und Betriebsstilllegung	314
3. Sanierungsmaßnahmen	315
V. Die Genossenschaft	322
1. Die Krise der Genossenschaft	323
2. Sanierungsmaßnahmen	323
3. Haftungsrisiken der Genossenschaftsmitglieder	334
4. Insolvenzantragspflicht	339
VI. Der Verein	346
1. Sanierungs- und Insolvenzfähigkeit	346
2. Rechtsfolgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	348
 2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger	
§ 10 Allgemeines zur Gläubigerberatung	349
§ 11 Besonderheiten bei Kaufverträgen	
I. Einführung	353
II. Kaufverträge über bewegliche Sachen	354
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	354
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	355
III. Kaufverträge über unbewegliche Sachen	356
1. Sanierungsgesellschaft als Käuferin	356
2. Sanierungsgesellschaft als Verkäuferin	356
IV. Kaufverträge über teilbare Leistungen	357
§ 12 Besonderheiten bei Werkverträgen	
I. Allgemeines	358
II. Sanierungsgesellschaft als Werkunternehmerin	359
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Werkunternehmerin	359
2. Kündigungsrecht des Bestellers, § 649 BGB	361
III. Sanierungsgesellschaft als Bestellerin	361
1. Rechtsfolgen der Insolvenz der Bestellerin	361
2. Das Werkunternehmerpfandrecht des § 647 BGB als Sicherungsrecht	363
3. Die Bauunternehmersicherungshypothek des § 648 BGB als Sicherungsrecht	365
4. Sonstige Sicherheiten	366

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Besonderheiten des VOB-Vertrages im Insolvenzfall	367
1. Keine vollständige Erfüllung	367
2. Der Sicherheitseinbehalt	368
3. Das Kündigungsrecht des Bestellers, § 8 Nr. 2 Abs. 1 VOB/B	368
§ 13 Besonderheiten bei Miet- und Leasingverträgen	
I. Allgemeines zu Mietverträgen	369
II. Mietverträge über bewegliche Sachen	369
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	370
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	370
III. Mietverträge über unbewegliche Sachen	370
1. Sanierungsgesellschaft als Vermieterin	370
2. Sanierungsgesellschaft als Mieterin	372
IV. Allgemeines zu Leasingverträgen	374
V. Leasingverträge über bewegliche Sachen	374
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	374
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	377
VI. Leasingverträge über unbewegliche Sachen	378
1. Sanierungsgesellschaft als Leasinggeberin	378
2. Sanierungsgesellschaft als Leasingnehmerin	379
§ 14 Besonderheiten bei Factoringverträgen	
I. Allgemeines	380
II. Sanierungsgesellschaft als Factor	381
III. Sanierungsgesellschaft als Factoringkunde	382
1. Echtes Factoring	383
2. Unechtes Factoring	383
IV. Sanierungsgesellschaft als Forderungsschuldner	383
§ 15 Besonderheiten bei Patenten und Lizenzverträgen	
I. Einleitung	384
II. Patente und anderes geistiges Eigentum	385
III. Lizenzen als Nutzungsrechte an geistigem Eigentum	386
1. Nutzungsrechte an geistigem Eigentum	386
2. Arten von Lizenzen	386
3. Rechtsqualität von Lizenzen	387
§ 16 Besonderheiten bei Versicherungsverträgen	
I. Der Versicherungsvertrag	388
1. Allgemeines	388
2. Die Rechtsnatur des Versicherungsvertrages	389
II. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsnehmerin	390
1. Allgemeines	390
2. Die Gläubigergruppen der Sanierungsgesellschaft	390
III. Sanierungsgesellschaft als Versicherungsgeberin	400
§ 17 Besonderheiten im IT-Bereich	
I. Allgemeines	402
II. Hardware	403
III. Software	404
1. Allgemeines	404

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Definition	404
3. Computerprogramme als immaterielles Recht	404
4. Anwendungs- und Entwicklerdokumentation, Programmbeschreibung und Datenträger	406
 3. Abschnitt. Die Beratung des Investors	
§ 18 Allgemeines zur Investorberatung	407
§ 19 Arbeitsrechtliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise	
I. Einleitung	413
1. Einführung	413
2. Asset Deal versus Share Deal	414
3. Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge	414
II. Betriebsübergang nach § 613 a BGB	415
1. Allgemeines	415
2. Tatbestandsvoraussetzungen des Betriebsübergangs	418
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs für das einzelne Arbeitsverhältnis (§ 613 a Abs. 1 S. 1 BGB)	434
4. Unterrichtungspflicht (§ 613 a Abs. 5 BGB)	450
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers (§ 613 a Abs. 6 BGB)	455
6. Haftungsfragen	460
7. Kündigungen im Zusammenhang mit dem Betriebsübergang (§ 613 a Abs. 4 BGB)	463
8. Weitergeltung von Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung (§ 613 a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB)	473
9. Betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtliche Fragen	488
10. Betriebsübergang und Insolvenz	493
11. Allgemeine prozessuale Fragen	497
III. Umwandlungsgesetz und Betriebsübergang	499
1. Allgemeines	499
2. Zuordnung der Betriebe oder Betriebsteile	500
3. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für die Arbeitsverhältnisse	500
4. Unterrichtungspflicht	503
5. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	504
6. Haftungsfragen	504
7. Kündigungsschutz	505
8. Rechtsfolgen des Betriebsübergangs bei Umwandlungen für Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung	507
9. Betriebsverfassungsrechtliche und mitbestimmungsrechtliche Fragen	509
10. Beteiligung des Betriebsrats auf Grund von Sonderregelungen des Umwandlungsgesetzes	510
IV. Arbeitsrechtliche Due Diligence-Checklisten	511
§ 20 Gesellschafts- und unternehmensrechtliche Fragestellungen	
I. Begriffsbestimmungen	515
II. Vorfragen: Art und Umfang des Engagements des Investors	516
1. Reorganisation einer Kapitalgesellschaft	516
2. Beteiligung an Personengesellschaften	517
3. Engagement im Rahmen einer Sanierungsumwandlung	517
4. Übertragende Sanierung (Asset-Deal)	517

Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Vorbereitende Maßnahmen	518
1. Geheimhaltung, Letter of Intent, Verhandlungsprotokolle	518
2. Due Diligence	521
IV. Beratung des Investors bei Übernahme einer Beteiligung	522
1. Übernahme eines Kapitalanteils nach Kapitalschnitt (Barkapitalerhöhung)	522
2. Gestaltung eines Gesellschafterbeschlusses	526
3. Flankierende Maßnahmen zur Sicherung der Interessen des Investors	527
V. Beratung des Investors beim Unternehmenskauf	528
1. Entscheidungshilfen Asset-Deal oder Share-Deal	528
2. Unternehmenskauf unter Berücksichtigung des Schuldrechtsmodernisie- rungsgesetzes	529
VI. Besonderheit beim Anteilserwerb an Kapitalgesellschaft (Share-Deal)	537
1. Vertragsgestaltung	537
2. Gesellschaftsrechtliche Haftungsprobleme des Investors bei Anteilserwerb an Kapitalgesellschaft	541
VII. Besonderheiten beim Erwerb einer Beteiligung an Personengesellschaft	542
1. GbR	542
2. OHG	543
3. KG	543
VIII. Sanierungsumwandlung nach dem Umwandlungsgesetz	543
1. Bedeutung von Umwandlungen als Sanierungsinstrument für den Investor	543
2. Sanierungsfusion	544
3. Sanierungsspaltung	546
IX. Beratung des Investors bei Asset-Deal (sog. „übertragende Sanierung“)	549
1. Außergerichtliche oder gerichtliche „übertragende Sanierung“	549
2. Vertragsgestaltung beim Asset-Deal	551
§ 21 Steuerliche Fragestellungen des Unternehmenskaufs in der Krise	
I. Einleitung	553
II. Steuerbelastung und -gestaltung für den Käufer	555
1. Kauf eines Einzelunternehmens	555
2. Kauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	559
3. Kauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	561
III. Steuerbelastung und -gestaltung für den Verkäufer	564
1. Verkauf eines Einzelunternehmens	564
2. Verkauf von Anteilen an einer Personengesellschaft	566
3. Verkauf von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	567
IV. Haftung	569

4. Abschnitt. Der Sanierungsberater

§ 22 Rechte und Pflichten des Sanierungsberaters

I. Rechte	572
1. Allgemeines	572
2. Honoraranspruch	572
3. Auskunftsverweigerungsrecht gegenüber dem Insolvenzverwalter	573
II. Pflichten	573
1. Allgemeines	573
2. Verschwiegenheitspflicht	574
3. Interessenkollision	574
4. Umfassende Rechtsprüfung und -beratung	574
III. Haftung	581
1. Allgemeines	581

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Haftung gegenüber dem Mandanten	581
3. Haftung gegenüber Dritten	583
4. Strafrechtliche Haftung	585
 Teil B. Insolvenzrecht	
§ 23 Einleitung: Das insolvenzrechtliche Mandat	587
 1. Abschnitt. Die Beratung des Schuldners	
§ 24 Allgemeines zur Schuldnerberatung	
I. Allgemeines	591
II. Insolvenzfähigkeit	591
1. Natürliche und juristische Person	592
2. Nicht rechtsfähiger Verein	592
3. Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	592
4. Nachlass und Gesamtgut	593
5. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	593
6. Auslandsgesellschaften	594
III. Rechte, Pflichten und persönliche Beschränkungen des Schuldners	594
1. Insolvenzantragsrechte und -pflichten des Schuldners	596
2. Mitwirkungsrechte und -pflichten	597
3. Verfügungsbeschränkungen und -verbote	599
IV. Gestaltungsmöglichkeiten für den Schuldner	603
1. Betriebsfortführung durch Übernahme der Aktiva (sog. „übertragende Sanierung“)	603
2. Betriebsfortführung durch Restrukturierung mittels eines Insolvenzplans	604
3. Eigenverwaltung	620
 § 25 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei natürlichen Personen – Verbraucherinsolvenz	
I. Insolvenzfähigkeit	626
1. Allgemeines	626
2. Möglichkeiten im Rahmen der Insolvenzordnung	626
3. Abgrenzung Verbraucherinsolvenzverfahren und Regelinsolvenzverfahren	626
II. Insolvenzgrund	627
1. Zahlungsunfähigkeit, § 17 InsO	627
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit, § 18 InsO	628
III. Insolvenzantrag	629
1. Schuldnerantrag	629
2. Gläubigerantrag, § 14 InsO	639
IV. Verbraucherinsolvenzverfahren	641
1. Außergerichtlicher Schuldenbereinigungsplan	641
2. Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	642
3. Vereinfachtes Verfahren, § 311 InsO	645
V. Restschuldbefreiung, §§ 286 ff. InsO	648
1. Allgemeines	648
2. Antrag des Schuldners, § 287 InsO	648
3. Vorschlagsrecht, § 288 InsO	649
4. Entscheidung des Insolvenzgerichts, § 289 InsO	649
5. Versagungsgründe gemäß § 290	650
6. Ankündigung der Restschuldbefreiung, § 291 InsO	652

Inhaltsverzeichnis

	Seite
7. Rechtsstellung des Treuhänder, § 292 InsO	653
8. Vergütung des Treuhänder, § 293 InsO	653
9. Gleichbehandlung der Gläubiger, § 294 InsO	654
10. Die Obliegenheiten des Schuldners	654
11. Verstoß gegen Obliegenheiten, § 296 InsO	656
12. Insolvenzstraftaten, § 297 InsO	657
13. Deckung der Mindestvergütung des Treuhänders, § 298 InsO	657
14. Vorzeitige Beendigung, § 299 InsO	657
15. Entscheidung über die Restschuldbefreiung, § 300 InsO	657
16. Wirkung der Restschuldbefreiung, § 301 InsO	658
17. Ausgenommene Forderungen, § 302 InsO	658
18. Widerruf der Restschuldbefreiung, § 303 InsO	658
§ 26 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei Personengesellschaften	
I. Die GbR	662
1. Insolvenzfähigkeit der Gesellschaft	662
2. Insolvenz der Gesellschafter	662
3. Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung in der GbR; Gründungsberatung	663
4. Stellung des Insolvenzantrages über das Vermögen einer GbR	666
5. Das Verfahren nach Antragstellung; Anordnung von Sicherungsmaßnahmen über das Vermögen der GbR	671
6. Eröffnung und eröffnetes Insolvenzverfahren über das Vermögen der GbR	671
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Gesellschafters einer GbR	672
8. Persönliche Haftung der Gesellschafter (§§ 92, 93 InsO)	673
II. Die OHG und die KG	676
1. Einleitung	676
2. Insolvenzfähigkeit	677
3. Insolvenzgründe	678
4. Insolvenzantrag	679
5. Abweisung und Einstellung mangels Masse	681
6. Das gerichtliche Insolvenzeröffnungsverfahren	681
7. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	682
8. Persönliche Gesellschafterhaftung	683
9. Die Kommanditistenhaftung	687
10. Insolvenzmasse	692
11. Restschuldbefreiung	694
III. Die GmbH & Co. KG	694
1. Rechtliche Einheit und Trennungsprinzip	694
2. Insolvenzfähigkeit	695
3. Insolvenzgründe	696
4. Insolvenzantrag – Haftungsrechtliche Folgen bei schuldhafter Verletzung ...	699
5. Sonstige Rechte, Pflichten und Haftungsrisiken des Geschäftsführers	703
6. Das Insolvenzverfahren	706
7. Insolvenzmasse	707
8. Eigenkapitalersatz bei der GmbH & Co. KG	709
9. Fortsetzung der GmbH & Co. KG	709
§ 27 Schuldnerspezifische Besonderheiten bei juristischen Personen	
I. Die GmbH	715
1. Allgemeines	715
2. Insolvenzfähigkeit	715
3. Insolvenzgründe	715

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Insolvenzantrag	716
5. Wirkung der Verfahrenseröffnung auf das Gesellschaftsvermögen	718
6. Abschluss des Insolvenzverfahrens	720
7. Rechtsstellung des Geschäftsführers	721
8. Besonderheiten bei der Vorgründungsgesellschaft und der Vor-GmbH	725
9. Konzernrechtliche Besonderheiten	726
II. Die Aktiengesellschaft	727
1. Insolvenzfähigkeit	727
2. Insolvenzantrag	728
3. Kompetenzaufteilung im eröffneten Verfahren	732
4. Insolvenzmasse	736
5. Rechtliche Stellung der Insolvenzgläubiger	739
6. Eigenkapitalersatz bei der Aktiengesellschaft	740
7. Besonderheiten bei der KGaA	742
III. Die Genossenschaft	743
1. Insolvenzfähigkeit	743
2. Insolvenzgründe	745
3. Der Insolvenzantrag	748
4. Nachschusspflicht in der Insolvenz	755
5. Insolvenzplan	760
6. Besonderheiten	766
IV. Der Verein	768
1. Rechtsform und Grundlagen	768
2. Rechtsfähiger Verein	769
3. Besonderheiten bei Sportvereinen	775
4. Besonderheiten bei der Insolvenz des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG)	776
5. Besonderheiten bei Kreditinstituten	777
6. Nichtrechtsfähiger Verein	778
V. Die Stiftung	779
1. Rechtsform und Grundlagen	779
2. Insolvenzfähigkeit und -gründe	780
3. Insolvenzantrag	780
4. Rechtsfolgen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	781
VI. Die Unternehmergesellschaft	781
1. Allgemeines	781
2. UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG	782
3. Übergang zur regulären GmbH	782
4. Die Krise der UG	782
5. Insolvenzantragspflicht	782
6. Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung bei drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 5 a Abs. 4 GmbHG)	783
7. Haftungsrisiken in der Krise und Sanierungsmaßnahmen	783
VII. Besonderheiten von im Inland tätiger Gesellschaften ausländischer Rechtsform	783
1. Unterschiedliche Haftungsansätze	783
2. Folge der Aufgabe der Sitztheorie	784
3. Unternehmenskrise	784
4. Pflichten und Risiken der Beteiligten in der Krise	784
 § 28 Steuerliche Pflichten in der Insolvenz	
I. Mitwirkungs- und Erklärungspflichten in der Insolvenz	786
II. Besonderheiten bei einzelnen Steuerarten	790
1. Persönliche Steuern	790

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Betriebliche Steuern	793
3. Sonstige Steuern	799
III. Haftung	801
1. Gesellschafterhaftung	801
2. Geschäftsführerhaftung	802
IV. Blick in die Rechtsprechung	802
1. Verfahrensrecht	802
2. Einkommensteuer / Körperschaftsteuer	805
3. Umsatzsteuer	807
 § 29 Kreditgeschäft und Kreditsicherheiten	
I. Einleitung	817
II. Wirksamkeit der Kreditkündigung	817
1. Ordentliche Kündigung	817
2. Kündigung von Verbraucherdarlehen	818
3. Außerordentliche Kündigung	818
4. Einschränkungen des Kündigungsrechts	819
5. Rechtsfolgen der Kreditkündigung	820
III. Stillhalten mit Krediten	820
IV. Gewährung eines Sanierungskredits	821
1. Begriff	821
2. Abgrenzung zur sittenwidrigen Insolvenzverschleppung	822
3. Rechtsfolgen der Insolvenzverschleppung	823
4. Kündigung eines Sanierungskredits	823
V. Gewährung eines Überbrückungskredits	823
VI. Gewährung eines Liquidationskredits	824
VII. Behandlung von Gesellschafterdarlehen	824
1. Allgemeines	824
2. Erfasste Gesellschaftsformen	825
3. Betroffene Personenkreis	825
4. Gesetzlich freigestellter Personenkreis	826
5. Gesellschafterdarlehen und wirtschaftlich gleichgestellte Forderungen	827
6. Rechtsfolgen	828
VIII. Anfechtung von Kreditgeschäften	829
1. Zweck und Grundprinzip der Anfechtung	829
2. Anfechtbare Rechtshandlungen	829
3. Handelnder	830
4. Objektive Gläubigerbenachteiligung	830
5. Besonderer Teil der Insolvenzanfechtung	834
IX. Wirksamkeit von Kreditsicherheiten	843
1. Knebelung	843
2. Übersicherung	846
3. Gläubigergefährdung	848
X. Anfechtung von Kreditsicherheiten	849
1. Bargeschäft	849
2. Anfechtung der Besicherung gem. § 130 InsO	850
3. Vorsatzanfechtung der Besicherung gem. § 133 InsO	854
4. Anfechtung der Besicherung gem. § 134 InsO	854
5. Anfechtung der Besicherung gem. § 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO	855
XI. Kredite und Kreditsicherheiten im Insolvenzeröffnungsverfahren	855
1. Starker vorläufiger Insolvenzverwalter	855
2. Schwachre vorläufige Insolvenzverwalter	858
3. Negativ- und Positivverklärungen	860
	XIX

Inhaltsverzeichnis

	Seite
XII. Kredite und Kreditsicherheiten im eröffneten Insolvenzverfahren	860
1. Eingeräumte Kredite	860
2. Besicherung der Neukredite	862
XIII. Kredite und Besicherung im Insolvenzplanverfahren	862
1. Rückzahlung der Kredite bis zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens	863
2. Kreditgewährung während der Überwachung der Planerfüllung	863
XIV. Sicherheiten-Pool	865
1. Sicherheiten-Poolverträge der Kreditinstitute	865
2. Sicherheitenabgrenzungsverträge	870
XV. Drittsicherheiten	870
1. Bürgschaft	870
2. Bürgschaft auf erstes Anfordern	871
3. Garantievertrag	872
4. Patronatserklärung	873
5. Erwerbs- oder Abkaufverpflichtung	874
6. Schuldbeitritt	874
7. Gesetzliche Beschränkungen von Drittsicherheiten	875
XVI. Verwertung von Kreditsicherheiten	879
1. Allgemeines	879
2. Verwertung im Insolvenzeröffnungsverfahren	881
3. Verwertung von Kreditsicherheiten nach Eröffnung des Insolvenz- verfahrens	887
4. Ersatzaussonderung	909
5. Ersatzabsonderung	911

2. Abschnitt. Die Beratung der Gläubiger

§ 30 Allgemeines zur Gläubigerberatung

I. Allgemeines	914
II. Gläubiger und ihre Organe	915
1. Arten von Gläubigern	915
2. Gläubigerorgane	919
3. Gläubigergruppen	925
III. Beschränkungen der Gläubiger	927
1. Vollstreckungsbeschränkungen	927
2. Ausschluss sonstigen Rechtserwerbs	929
3. Verwertungsbeschränkungen	930
4. Anfechtung	932
5. Aufrechnung	945

§ 31 Aussonderungsgläubiger

I. Allgemeines	949
II. Durchsetzung der Aussonderung	949
1. Außergerichtliche Durchsetzung	949
2. Der Aussonderungsrechtsstreit	956
III. Aussonderungsfähige Rechte	960
1. Aussonderungsgegenstand	960
2. Eigentum	960
3. Besitz	970
4. Beschränkt dingliche Rechte	970
5. Schuldrechtliche Herausgabeansprüche	970
6. Forderungen	971
7. Treuhandeigentum	974

Inhaltsverzeichnis

	Seite
8. Kommission	975
9. Besonderheiten in der Ehegatteninsolvenz	975
IV. Ersatzaussonderung	976
1. Allgemeines	976
2. Voraussetzungen	976
3. Inhalt des Anspruches	977
 § 32 Absonderungsgläubiger (ohne Grundpfandgläubiger)	
I. Allgemeines	980
II. Durchsetzung des Absonderungsrechtes	981
1. Außergerichtliche Durchsetzung	981
2. Gerichtliche Durchsetzung	985
3. Rang konkurrierender Absonderungsrechte	986
III. Die Verwertung des Absonderungsrechtes	986
1. Allgemeines	986
2. Verwertung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	986
3. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	987
4. Verwertung durch den Gläubiger	1001
5. Umsatzsteuerpflicht	1002
IV. Besondere Verfahrensarten	1003
1. Absonderungsrechte im Insolvenzplan	1003
2. Absonderungsrechte im Schuldenbereinigungsplan	1003
3. Absonderungsrechte in der Restschuldbefreiung	1004
V. Die Anmeldung zur Insolvenztabelle	1005
1. Allgemeines	1005
2. Pflicht eines Hinweises auf das Absonderungsrecht	1005
3. Ausschüttungen auf Ausfallforderungen	1006
VI. Allgemeine Absonderungsrechte	1007
1. Allgemeines	1007
2. Unbewegliche Gegenstände (§ 49 InsO)	1007
3. Pfandrechte (§ 50 InsO)	1008
4. Sonstige Absonderungsrechte (§ 51 InsO)	1010
 § 33 Grundpfandgläubiger	
I. Einleitung	1018
II. Die Grundpfandgläubiger	1018
III. Die dem Grundpfandgläubiger verhafteten Gegenstände	1019
1. Das der Zwangsvollstreckung unterliegende unbewegliche Vermögen	1019
2. Weitere, dem Grundpfandgläubiger verhaftete Gegenstände	1019
IV. Der Umfang des Absonderungsrechtes	1024
1. Der Umfang der zu befriedigenden Forderung	1024
2. Insolvenzplan und Absonderungsrecht	1025
V. Die Verwertung des unbeweglichen Vermögens	1025
1. Beginn der Verwertung vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1026
2. Verwertung nach Eröffnung des Verfahrens	1027
VI. Die Behinderung der für den Grundpfandgläubiger erfolgreichen Verwertung durch den Insolvenzverwalter	1030
1. Die einstweilige Einstellung nach § 30 d Abs. 4 ZVG	1030
2. Die einstweilige Einstellung nach § 30 d Abs. 1 Nr. 1–4 ZVG	1031
3. Die einstweilige Einstellung nach § 30 d Abs. 2 ZVG	1033
4. Die einstweilige Einstellung nach § 153 b ZVG	1033
5. Das Verlangen eines Doppelausgebotes nach § 174 a ZVG	1034

Inhaltsverzeichnis

	Seite
6. Die Rechte und Reaktionsmöglichkeiten des Grundpfandgläubigers nach der einstweiligen Einstellung	1035
VII. Konkurrierende Absonderungsrechte	1041
1. Rangfolge der Absonderungsberechtigten	1041
2. Rangfolge zwischen Grundpfandgläubiger und Sicherungseigentümer am Zubehör	1042
VIII. Der Grundpfandgläubiger als gleichzeitig persönlicher Forderungsinhaber	1043
1. Die Anmeldung der Forderung zur Insolvenztabelle	1043
2. Der Umfang der Ausfallhaftung	1044
3. Der Nachweis der Ausfallhaftung	1045
4. Die Berücksichtigung der Haftung von Gesamtschuldnern	1046
 § 34 Arbeitnehmer als Gläubiger und Beteiligte	
I. Allgemeines	1049
1. Das Arbeitsverhältnis in der Insolvenz	1049
2. Sonderregelungen der InsO	1049
3. Stellung des Insolvenzverwalters	1049
II. Der Arbeitnehmer	1052
1. Begriff des Arbeitnehmers	1053
2. Arbeitnehmerähnliche Personen	1054
3. Neben- und Teilzeitbeschäftigte	1055
4. Organmitglieder, Geschäftsführer	1055
5. Neu entstehende Arbeitsverhältnisse in der Insolvenz	1056
III. Ansprüche des Arbeitnehmers	1056
1. Einordnung der Ansprüche	1056
2. Ansprüche für die Zeit vor Insolvenzeröffnung	1057
3. Ansprüche für die Zeit nach Insolvenzeröffnung	1060
4. Ansprüche im Fall der Masseunzulänglichkeit	1061
5. Einzelne Arbeitnehmerforderungen	1062
IV. Kündigung und Kündigungsschutz im Insolvenzverfahren	1075
1. Kündigung	1075
2. Kündigungsschutz	1084
3. Der Betriebsrat	1101
4. Massenentlassung	1103
5. Kündigung durch den Arbeitnehmer	1105
V. Insolvenzgeld	1106
1. Anspruchsvoraussetzungen	1106
2. Umfang des Anspruches	1108
3. Verfahren	1111
4. Vorläufige Zahlungen	1112
5. Rückzahlungen	1112
6. Anspruchsübergang	1113
 § 35 Nachlassgläubiger	
I. Einleitung	1114
1. Unbeschränkte Erbenhaftung	1115
2. Anwendbare Vorschriften des Regelinsolvenzverfahrens	1115
3. Zweck	1116
II. Antragsrecht und Antragspflicht	1116
1. Antragsrecht	1116
2. Antragspflicht	1118
III. Insolvenzeröffnungsgründe	1119

Inhaltsverzeichnis

	Seite
IV. Mögliche Verfahrensgestaltungen	1120
1. Nachlassinsolvenz	1120
2. Eigeninsolvenz des Erben	1120
3. Fortgesetztes Insolvenzverfahren	1120
V. Die Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens und die Stellung der Beteiligten	1121
1. Zulässigkeit der Eröffnung	1121
2. Zuständigkeit	1121
3. Der Erbe als Nachlassschuldner	1122
4. Insolvenzverwalter	1122
5. Der nachlassverwaltende Testamentvollstrecker	1122
VI. Nachlassgläubiger	1123
1. Umfang der Nachlassverbindlichkeiten	1123
2. Der Erbe als Nachlassgläubiger	1124
VII. Die Nachlassinsolvenzmasse	1124
1. Schadensersatzansprüche	1124
2. Anfechtung	1125
3. Keine dingliche Surrogation	1125
4. Schutz der Nachlassinsolvenzmasse – keine abgesonderte Befriedigung durch Vollstreckungsmaßnahmen	1125
VIII. Rangfolge der Befriedigung der Nachlassgläubiger	1126
IX. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1127

§ 36 Vertragspartner gegenseitiger Verträge

I. Kaufverträge	1131
1. Einführung	1131
2. Erfüllung	1133
3. Mängel	1134
4. Teilbare Leistungen	1137
5. Der Grundstückskauf	1138
6. Der Vorbehaltskauf	1139
7. Fixgeschäfte für Warenlieferungen	1144
II. Mietverträge und Pachtverträge	1145
1. Einführung	1145
2. Verträge über bewegliche Gegenstände	1146
3. Verträge über unbewegliche Gegenstände	1148
4. Kündigungssperre in der Mieterinsolvenz	1157
III. Besonderheiten bei Werkverträgen	1158
1. Allgemeines	1158
2. Die Insolvenz des Werkunternehmers	1159
3. Die Insolvenz des Bestellers	1160
4. Das Werkunternehmerpfandrecht als Sicherungsrecht	1160
5. Die Kündigung des Werkvertrages in der Insolvenz	1163
6. Gewährleistung und Insolvenz	1164
7. Der Sicherungseinbehalt	1165
IV. Bauverträge	1166
1. Der VOB/B-Vertrag	1166
2. Der ARGE-Vertrag	1181
3. Der Bauträgervertrag in der Insolvenz	1184
V. Besonderheiten bei Leasingverträgen	1186
1. Allgemeines	1186
2. Die Insolvenz des Leasingnehmers	1186
3. Die Insolvenz des Leasinggebers	1189

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VI. Besonderheiten bei Factoringverträgen	1191
1. Allgemeines	1191
2. Die Insolvenz des Factoringkunden	1192
3. Die Insolvenz des Factors	1192
4. Die Insolvenz des Forderungsschuldners	1194
VII. Besonderheiten bei Lizenz- und Urheberrechtsverträgen	1194
1. Lizenzverträge	1194
2. Urheberrechte	1202
VIII. Versicherungsverträge	1203
1. Allgemeines	1203
2. Die Insolvenz des Versicherungsnehmers	1204
3. Aussonderungs- und Absonderungsrechte	1205
4. Die Insolvenz der Versicherungsgesellschaft	1210
IX. IT und Insolvenz	1210
1. Hardware in der Insolvenz	1210
2. Software in der Insolvenz	1211
3. Internet und Insolvenz	1219
 § 37 Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO	
I. Einführung	1221
II. Klassifizierung als Insolvenzforderung	1222
1. Begriff des Insolvenzgläubigers	1222
2. Abgrenzung der Insolvenzforderungen von sonstigen (privilegierten und nachrangigen) Forderungen	1223
3. Behandlung verschiedener Forderungsarten	1228
III. Beteiligung am Insolvenzverfahren	1230
1. Quotale Befriedigung der Insolvenzgläubiger	1230
2. Teilnahme am Insolvenzverfahren	1231
IV. Gebühren	1234
 § 38 Nachrangige Insolvenzgläubiger gemäß § 39 InsO	
I. Allgemeines	1236
1. Zweck	1236
2. Anwendung	1237
3. Verfahren	1238
II. Insolvenzforderungen nach § 39 InsO	1239
1. Zinsen (Abs. 1 Nr. 1)	1239
2. Kosten der Verfahrensteilnahme (Abs. 1 Nr. 2)	1240
3. Geldstrafen, Geldbußen u. ä. (Abs. 1 Nr. 3)	1240
4. Forderungen aus unentgeltlicher Leistung (Abs. 1 Nr. 4)	1240
5. Forderungen aus Eigenkapitalersatz (Abs. 1 Nr. 5)	1240
6. Nachlassinsolvenz (§ 327 InsO)	1241
7. Rangrücktrittsvereinbarungen (Abs. 2)	1241
8. Insolvenzplan	1241

3. Abschnitt. Verfahrensrecht

§ 39 Das Insolvenzeröffnungsverfahren

I. Einführung	1243
II. Gang des Insolvenzeröffnungsverfahrens	1244
1. Insolvenzantrag	1244

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts	1249
3. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten und -rechte der Gläubiger	1255
4. Entscheidung über die Insolvenzeröffnung	1257
5. Rechtsmittel gegen Entscheidungen im Insolvenzeröffnungsverfahren	1258
 § 40 Prozessuale Fragestellungen	
I. Unterbrechung der Prozessrechtsverhältnisse bei Verfahrenseröffnung	1260
1. Grundgedanke des § 240 ZPO	1260
2. Voraussetzungen der Verfahrensunterbrechung	1260
3. Rechtsfolgen der Unterbrechung gem. § 249 ZPO	1263
II. Beendigung der Unterbrechung und Aufnahme unterbrochener Verfahren	1264
1. Beendigung des Insolvenzverfahrens	1264
2. Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens	1265
III. Die Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen im Einzelnen	1266
1. Aktivprozess, § 85 InsO	1266
2. Passivprozess über Aus- und Absonderungsrechte sowie Masseschuldansprüche, § 86 InsO	1268
3. Passivprozess über Forderungen der Insolvenzgläubiger, § 87 InsO	1271
IV. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	1272
1. Verbot der Einzelvollstreckung	1272
2. Besonderheiten bei der Lohnpfändung	1274
3. Rückschlagsperre	1276
 § 41 Forderungsanmeldung und -durchsetzung	
I. Anmeldung und Prüfung der Forderungen	1279
1. Anmeldung von Insolvenzforderungen	1279
2. Forderungsanmeldung bei Absonderungsrechten	1283
3. Eintragung in die Tabelle	1284
4. Prüfung der Forderungen	1285
II. Durchsetzung bestrittener Forderungen	1285
1. Überblick	1285
2. Widerspruch des Schuldners	1286
3. Widerspruch durch Insolvenzverwalter oder andere Insolvenzgläubiger	1289
4. Zur Forderungsfeststellungsklage im Einzelnen	1290
 § 42 Die Situation nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	
I. Arten der Verfahrensbeendigung	1295
1. Aufhebung nach Schlussverteilung, § 200 InsO	1295
2. Aufhebung nach Bestätigung des Insolvenzplans, § 258 InsO	1296
3. Aufhebung nach Versagung oder Ankündigung der Restschuldbefreiung	1296
4. Einstellung mangels Masse, § 207 InsO	1297
5. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit, § 211 InsO	1297
6. Einstellung nach Wegfall des Eröffnungsgrundes	1298
7. Einstellung mit Zustimmung aller Gläubiger	1299
II. Wirkungen der Verfahrensbeendigung	1299
1. Rückfall der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	1299
2. Nachhaftung des Schuldners	1300
3. Ende der materiellen Verjährungshemmung	1304
4. Auswirkungen auf laufende Prozesse	1304

Inhaltsverzeichnis

4. Abschnitt. Die Beratung der Geschäftspartner des Insolvenzverwalters

§ 43 Geschäftspartner des vorläufigen Insolvenzverwalters	Seite
I. Einführung	1306
II. Wirkungen der Verfügungsbeschränkungen	1306
1. Verfügungen des Schuldners	1306
2. Verpflichtungsgeschäfte des Schuldners	1308
3. Verfügungen des schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	1309
4. Leistungen an den Schuldner	1309
5. Zahlungsverkehr des Schuldners	1310
III. Verbindlichkeiten aus dem Insolvenzeröffnungsverfahren	1312
1. Ausgangslage	1312
2. Lösungsvorschläge für Geschäftspartner eines schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	1313
3. Besonderheiten bei Miet- und Pachtverhältnissen	1315
IV. Sicherungsrechte im vorläufigen Insolvenzverfahren	1316
1. Ausgangslage	1316
2. Allgemeine Probleme der Geltendmachung vor Insolvenzeröffnung	1317
3. Verhältnis der Ab- und Aussonderungsrechte zur vorläufigen Insolvenzver- waltung	1318
V. Anfechtungsrisiken für den Geschäftspartner	1321
1. Anfechtung von Rechtshandlungen während des Insolvenzeröffnungsverfahrens	1321
2. Anfechtung im Zusammenhang mit Gläubigeranträgen auf Insolvenzeröffnung	1322
VI. Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	1322
1. Fallgruppen der Haftung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	1322
2. Allgemeine Haftungsanforderungen	1324
3. Haftungsrisiken für die Berater der Gläubiger	1325
§ 44 Geschäftspartner des Insolvenzverwalters	
I. Einführung	1327
1. Finanzielle Ressourcen des Insolvenzverwalters	1327
2. Vorrangige Befriedigung	1330
II. Exemplarische Gruppen von Geschäftspartnern	1339
1. Auftragnehmer/Auftraggeber	1339
2. Kunden/Lieferanten des Unternehmens	1343
3. Vermieter/-pächter	1345
4. Banken/Kreditgeber	1346
III. Gesellschafterdarlehen und Anfechtungsrechte	1348
IV. Befriedigung der Masseverbindlichkeiten bei Masseunzulänglichkeit	1349
1. Eintritt der Masseunzulänglichkeit	1350
2. Befriedigung nach Rangklassen	1350
3. Beachtung der Rangklassen bei der Gläubigerberatung	1352
4. Verfahrenseinstellung	1353
V. Ansprüche gegen den Insolvenzverwalter	1354
1. Pflichten des Insolvenzverwalters	1355
2. Pflichtverletzung	1356
3. Verschulden	1361
4. Schaden	1362
5. Kausalität	1363
6. Informationserlangung	1363
7. Prozessuale Durchsetzung des Auskunftsanspruches	1364
8. Auskunftsanspruch bei Insolvenzabweisung mangels Masse	1365
9. Übersicht über die Befriedigungsaussichten	1366

Inhaltsverzeichnis

Teil C. Internationale Beratungsfelder

§ 45 Internationales Insolvenzrecht	Seite
I. Einleitung	1371
1. Gesetzliche Grundlage	1372
2. Harmonisierungsbemühungen	1373
II. Internationale Zuständigkeit	1374
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1374
2. Europäische Insolvenzverordnung	1375
3. Konkurrierende Zuständigkeit in EU-Staaten	1375
III. Grenzüberschreitende Geltung des nationalen Insolvenzstatuts	1376
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1376
2. Europäische Insolvenzverordnung	1380
IV. Die grenzüberschreitende Verwaltung der Insolvenzmasse	1382
1. Autonomes deutsches internationales Insolvenzrecht	1382
2. Der Verwalter nach der Europäischen Insolvenzverordnung	1385
V. Verwertung und Verteilung der Insolvenzmasse in grenzüberschreitenden Verfahren	1386
1. Die Abwicklung des Insolvenzverfahrens nach autonomem deutschen Recht	1387
2. Die Abwicklung grenzüberschreitender Verfahren in der Europäischen Insolvenzverordnung	1388
VI. Partikularinsolvenzverfahren	1390
1. Partikularverfahren im autonomen deutschen internationalen Insolvenzrecht	1390
2. Partikularverfahren nach der Europäischen Insolvenzverordnung	1393
Sachverzeichnis	1397

beck-shop.de